

Kretschmann reist nach Japan und Südkorea

Stuttgart. In seiner Funktion als Bundesratspräsident bricht Ministerpräsident Winfried Kretschmann heute zu einer zehntägigen Delegationsreise nach Japan und Südkorea auf. Der Besuch erfolgt auf Einladung des Präsidenten des japanischen Oberhauses, Kenji Hirata, und Südkoreas Parlamentspräsidenten Chang-hee Kang. Der Schwerpunkt der Reise liegt auf dem Feld der Energiepolitik. Der Grünen-Politiker wird neben der baden-württembergischen Partnerprovinz Kanagawa auch die Präfektur Fukushima besuchen. Gut zwei Jahre nach der Atomkatastrophe will sich Kretschmann dort ein Bild von den Herausforderungen und Schwierigkeiten der Region machen. Zum Abschluss des Japan-Aufenthalts hält der 65-Jährige an der Universität Kyoto eine Grundsatzrede zur Rolle der Bürgergesellschaft bei der Energiewende.

„Selbstverständlich möchte ich für den Kurs der ökologischen Modernisierung auch in Japan werben, denn die Energiewende in Deutschland ist alles andere als eine grüne Spinnerei“, sagte Kretschmann vor der Abreise. Anders als Deutschland setzt Japan weiter auf Atomkraft.

Im zweiten Teil der Reise steht der Ausbau der Wirtschaftskontakte mit Südkorea im Vordergrund. Zudem will sich Kretschmann über die politische Lage informieren. In der jüngsten Zeit hatten wachsende Spannungen zwischen Süd- und Nordkorea Schlagzeilen gemacht.

Der Bundesrats- und Ministerpräsident reist mit einer Delegation aus Vertretern von Wirtschaft und Wissenschaft aus dem Land. Darunter sind auch der Präsident der baden-württembergischen Industrie- und Handelskammer, Peter Kultz, und der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz, der Ulmer Universitätspräsident Joachim Ebeling. Mit Europaminister Peter Friedrich (SPD), Wissenschaftsministerin Theresia Bauer und Umweltminister Franz Untersteller (beide Grüne) begleiten Kretschmann auch drei Mitglieder seines Kabinetts. rol

„Wichtig ist, da zu sein“

150 Jahre Benediktiner in Beuron – Keimzelle der Erneuerung des Ordens

Seit fast 950 Jahren gibt es das Kloster Beuron. Die Benediktiner sind jedoch erst seit 150 Jahren darin heimisch. Das wird an Pfingsten gefeiert. Dabei werden die Benediktiner auch um Nachwuchs beten.

PETRA WALHEIM

Beuron. Besucher, die aus Richtung Fridingen an der Donau (Kreis Tuttlingen) nach Beuron fahren, können sich jedes Mal aufs Neue an dem Anblick erfreuen: An einer Stelle der abschüssigen Straße gibt der Wald den Blick frei auf das Kloster Beuron, das wie ein Fels in der Brandung im Donautal liegt. Es ist ein Ort, an dem seit fast 1000 Jahren gesungen und gebetet wird. 1080 gegründet, hat das Kloster Kriege und Säkularisation überstanden. Seit 150 Jahren erfüllen es die Benediktiner mit Leben, ganz nach der benediktinischen Regel „Ora et labora“ – Bete und Arbeite“. Gearbeitet wird an Pfingsten jedoch nicht. Da feiern die Mönche mit dem Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch die Wiederbelebung des Klosters vor 150 Jahren, die interessanterweise von einer Frau ausging. Gebetet wird dafür umso intensiver, unter anderem um Nachwuchs. Denn die Zahl der Mönche sinkt – auch in Beuron.

Aktuell leben 53 Mönche im Kloster. Die Altersspanne reicht von Anfang 30 bis Mitte 90. Die meisten sind jedoch zwischen 60 und 70 Jahre alt. Zu seinen besten Zeiten zwischen 1935 und 1937 beteten und arbeiteten 300 Mönche in dem alten Gemäuer. Seit etwa 50 Jahren sinkt die Zahl stetig. „Ja, wir werden weniger“, sagt Pater Prior Sebastian. Er ist Stellvertreter des Erzbischofs Tutilo Burger und selbst Gästepater. „Wir werden vieles loslassen und anpassen müssen“, sagt er, sieht darin aber auch die Chance, das Kloster zum Wesentlichen hin zurückzuführen zu können. Wesentlich ist für den Pater und seine Mitbrüder, in



Wie eine Insel liegt die Erzabtei St. Martin zu Beuron im Donautal. Die Benediktiner haben das Kloster vor 150 Jahren besiedelt. Das wird gefeiert. Foto: Manfred Grohe

Beuron präsent zu sein, Menschen, die spirituell auf der Suche sind, zu begleiten, zu beten und das geistliche Leben fortzuführen.

Das hat seinen Anfang im Jahr 1080 genommen, als Peregine zu Hoßkirch (heute Kreis Ravensburg) im Donautal das Kloster als Augustinerchorherren-Stift gründete. Nach vielen Höhen und Tiefen fiel die Abtei 1802 der Säkularisation zum Opfer. Fürst Anton Aloys von Hohenzollern-Sigmaringen nahm das Kloster 1802 in Besitz. 60 Jahre lang wurde es für weltliche Zwecke genutzt, bis Fürstin Katharina von Hohenzollern-Sigmaringen darauf stieß. Sie hatte in Rom die Benediktiner-Mönche Placidus und Maurus Wolter kennengelernt und mit ihnen die Idee entwickelt, in Deutschland wieder einen Platz für benediktinisches Leben zu schaffen. Die Wahl fiel auf Beuron, wo das Kloster an Pfingsten 1863 wieder eingeweiht wurde. „Ohne das Zutun der Fürstin Katharina wäre das nicht möglich gewesen“, sagt Pater Sebastian.

Beuron entwickelte sich zur Keimzelle der benediktinischen Erneuerungsbewegung in Europa. Von 1872 bis 1961 wurden von Beuron aus 28 Klöster gegründet. Sie bildeten die Beuroner Kongregation, in der heute noch 17 Klöster vereint sind. Bis heute gibt es in Beuron gut besuchte Wallfahrts- und Pilgerwege. Die Mönche laden täglich zum Gottesdienst ein. Eine große Anziehungskraft haben auch die gregorianischen Gesänge der Mönche.

Jubiläumjahr in Beuron

Die Benediktiner feiern ihr Jubiläumjahr mit zahlreichen Veranstaltungen. Ein Höhepunkt ist am Pfingstsonntag um 10 Uhr der Festgottesdienst mit dem Freiburger Erzbischof Zollitsch. Am Pfingstmontag wird der 150. Jahrestag der Wallfahrt gefeiert. Die Ausstellung „Zeugen des Glaubens“ im Bereich der Klosterpforte zeigt historische Stationen des Klosters. Die Ausstellung läuft bis 10. November. eb

Hürden für Volksbefragung sollen sinken

Stuttgart. Ungeachtet des Streits um die Bewertung der von der grün-roten Regierung postulierten „Politik des Gehörtwerdens“ zeichnet sich eine parteiübergreifende Einigung für mehr direkte Demokratie ab. So haben sich Vertreter von CDU, SPD, Grünen und FDP in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe nach Informationen der SÜDWEST PRESSE bereits auf die Einführung eines neuen Instruments, der Volksinitiative, geeinigt. Damit soll es Bürgern ermöglicht werden, selbst ein Thema auf die Tagesordnung des Landtags zu setzen.

Auch die Hürden für landesweite Volksentscheide wollen alle Fraktionen senken. Um die Änderung eines Landesgesetzes zu beantragen, müssen bisher 16,6 Prozent der Wahlberechtigten ein Volksbegehren unterschreiben. Erst dann kommt es zur Volksabstimmung, die nur erfolgreich ist, wenn neben einer Mehrheit der Abstimmenden mindestens 33,3 Prozent aller Wahlberechtigten dafür stimmen. Nun liegt ein Vorschlag des SPD-Abgeordneten Sascha Binder für die Halbierung der Quoren auf dem Tisch.

„Das wäre ein gangbarer Weg“, sagte Binder dieser Zeitung. Danach wären nur noch gut acht Prozent der Wahlberechtigten für ein Volksbegehren notwendig, bei der Volksabstimmung würde das Quorum auf etwa 16 Prozent sinken. Bis zur nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe im Juni wollen die Fraktionen den Vorschlag diskutieren. rol

Bischof räumt Fehler ein

Göppingen. Der Streit in den katholischen Kirchengemeinden Sankt Maria und Christkönig schwelt seit gut einem Jahr. Jetzt nahm Bischof Gebhard Fürst den Rücktritt fast aller gewählten Mitglieder der beiden Kirchengemeinderäte zum Anlass für einen Besuch in Göppingen. Zu der Krisensitzung waren 35 Mandatsträger der Seelsorgeeinheit gekommen, darunter auch solche, die das Handtuch geworfen hatten. „Bischof Fürst räumte Fehler der Verwaltung ein und sicherte Hilfe zu“, sagte Diözesansprecher Uwe Renz. Nachdem sich Pfarrer Jürgen Sauter entnervt um eine andere Stelle beworben hat, will die Diözese mehr Seelsorgepersonal stellen. joa

NOTIZEN

Aufwertung der Citys

Stuttgart. Der Vorstoß von SPD und Grünen im Landtag zu einer möglichen Zwangsabgabe für Grundstückeigentümer zur Verschönerung von innerstädtischen Einkaufsvierteln stößt bei der Opposition auf Kritik. Grundstückseigentümer sollen im Südwesten künftig notfalls dazu gezwungen werden, sich an der Verschönerung innerstädtischer Einkaufsviertel finanziell zu beteiligen. Die Koalitionsfraktionen haben entsprechende Eckpunkte für ein neues Landesgesetz beschlossen. Nach Angaben von SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel soll das Gesetz spätestens nach der Sommerpause ins Parlament, damit es noch in diesem Jahr in Kraft treten kann.

Seniorinnen missbraucht

Heidelberg. Ein 32-Jähriger soll mehrfach nachts in Heidelberger Senioreneinrichtungen eingedrungen sein und dort Bewohnerinnen sexuell missbraucht haben. Die Polizei konnte den Tatverdächtigen festnehmen, er sitzt nun in Untersuchungshaft. Die Ermittler gehen davon aus, dass der 32-Jährige in mindestens drei Fällen in Senioreneinrichtungen und Einrichtungen für betreutes Wohnen eingedrungen ist. Dort soll er sich an mehreren Frauen im Alter von 69 bis 99 Jahren vergangen haben. Eine Kamera hatte Bilder des Mannes aufgezeichnet.

Streit um Buch beigelegt

Stuttgart. Der Streit um das Buch der ältesten Tochter des früheren baden-württembergischen CDU-Ministerpräsidenten Hans Filbinger ist beigelegt. Eine Schwester der Autorin Susanna Filbinger-Riggert hat ihren Antrag auf einstweilige Verfügung gegen die Veröffentlichung zurückgezogen, nachdem direkte Zitate aus den Tagebüchern des 2007 verstorbenen Filbinger herausgenommen worden seien. teilte ihr Anwalt mit.

61-Jähriger tötet seine Ehefrau

Villingen-Schwenningen. Ein 61-Jähriger hat am frühen Donnerstagsmorgen nach länger andauernden Beziehungsproblemen seine 58 Jahre alte Ehefrau im Keller erschlagen. Der Mann meldete sich abends telefonisch bei der Polizei und gab an, er habe seine Frau getötet. Er wurde festgenommen. Ein 20-jähriger Sohn des Paares hatte die Frau kurz zuvor als vermisst gemeldet, nachdem sie abends nicht von der Arbeit heimgekommen war. Kurz darauf fand ein anderer Sohn die Mutter leblos und blutüberströmt im Keller. Nach ersten Erkenntnissen ist die Frau an ihren schweren Kopfverletzungen gestorben. Das Paar soll schon seit Monaten Beziehungsprobleme gehabt haben. wal

Spitzenjob für Juristen

Achim Brauneisen wird Generalstaatsanwalt

Stuttgart. Achim Brauneisen, der im Justizministerium seit sieben Jahren die Abteilung Strafrecht leitet, soll nach Informationen der SÜDWEST PRESSE neuer Generalstaatsanwalt in Stuttgart werden. Der 55-jährige Ministerialdirigent, dessen Berufung noch vom Kabinett bestätigt werden muss, folgt Klaus Pflieger nach, der nach zwölf Jahren altershalber im Sommer aus dem Amt scheidet.

Brauneisen, der in Kirchheim/Teck geboren wurde und Vater zweier Kinder ist, hat in Tübingen Jura studiert und kehrte 2004 für zwei Jahre als Leitender Oberstaatsanwalt in die Universitätsstadt zu-

rück. Bei der Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart (die für den badischen Landesteil zuständige oberste Anklagebehörde hat ihren Sitz in Karlsruhe) hat Brauneisen schon einmal als Oberstaatsanwalt gearbeitet. In seiner derzeitigen Funktion oblag ihm neben der fachlichen Verantwortung der Rechtspolitik in allen strafrechtlichen und strafprozessualen Angelegenheiten auch die Ausübung der Dienstaufsicht über die Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften des Landes. Der als exzellent geltende Jurist ist VfB-Fan, wandert gern und hat ein Faible für Romane in englischer Sprache. wie

Weltweite Suche

Keine Spur von verschwundener 13-Jähriger

Freiburg. Zwei Wochen nach dem Verschwinden einer 13-Jährigen und ihres 53 Jahre alten Internet-Bekanntes hat die Polizei die beiden zur freiwilligen Rückkehr aufgerufen. Das Paar solle sich stellen, sagte ein Polizeisprecher in Freiburg. Die 13-Jährige aus Freiburg und der Mann aus Blomberg in Nordrhein-Westfalen hatten sich in einem Internet-Chatroom kennengelernt. Sie sind seit Anfang Mai verschwunden. Die Polizei geht von einer Liebesbeziehung aus. Demnach ist das Mädchen freiwillig mit dem Mann mitgegangen.

Nach dem Mann und dem Mädchen wird weltweit gefahndet. Die

Polizei hat bislang rund 250 Hinweise erhalten. Eine heiße Spur sei aber nicht darunter, hieß es.

Da das Mädchen erst 13 Jahre alt ist, wird der 53-Jährige mit internationalem Haftbefehl gesucht. Der Vorwurf lautet auf Kindesentziehung und sexuellen Missbrauch. Die Vorwürfe treffen den Angaben zufolge auch dann zu, wenn das Mädchen freiwillig mit dem Mann unterwegs ist. Die Polizei geht nicht davon aus, dass die junge Freiburgerin in akuter Gefahr ist. Sie hat den Chat des Paares ausgewertet. Die 13-Jährige und der 40 Jahre ältere Mann hatten dort seit rund einem Jahr regelmäßig Kontakt. lsw

Gall warnt vor rechtsextremistischen Anschlägen

Innenminister sieht besonderes Risiko durch radikalisierte Einzeltäter – NSU-Verbindungen weiter ungeklärt

Die Umtriebe Rechtsextremer beschäftigen den Verfassungsschutz im Land. Innenminister Reinhold Gall fürchtet vor allem radikalisierte Einzeltäter.

ANDREAS BÖHME

Stuttgart. Der Verfassungsschutzbericht, den Gall gestern präsentierte, beginnt immerhin mit einer guten Nachricht: Die Zahl bekannter Rechtsextremer ist weiter gesunken, bei den Autonomen, den Skinheads, den Neonazis und auch in den Parteien DVU und NPD. Insgesamt zählt der Verfassungsschutz rund 1900 Personen, ein Drittel davon gilt als gewaltbereit. Den Rückgang um fünf Prozent führt Gall auf gestiegenen Verfolgungsdruck zurück, der Mitläufer zum Aussteigen veranlasse. Die Zahl der Taten allerdings ist gestiegen, nicht zuletzt, weil die Bevölkerung sensibler geworden ist und mehr Taten angezeigt als zuvor – und weil der gewaltorientierte Kern der rechten Szene militanter geworden ist.

Ein besonderes Risiko, so Gall, könnten radikalisierte Einzeltäter und Kleingruppen werden, die durch Anschläge Handlungsfähigkeit beweisen wollten. Die Bereitschaft der Rechtsextremen auch zu schweren Gewalttaten dürfe nicht unterschätzt werden, „das ist eine Lehre aus den Morden des Nationalsozialistischen Untergrunds“, erklärte Gall. Weil die NPD die mitgliederstärkste rechtsextremistische Organisation ist, stehe er weiter zum Verbotantrag, den Baden-Württemberg federführend für die Bundesländer bearbeitet.

Die Verbindungen der derzeit in München vor Gericht stehenden Beate Zschäpe in den Südwesten sind nach wie vor ungeklärt. Wer welche Kontakte gepflegt habe, sei bisher nicht bekannt, sagte Beate Bube, Präsidentin des Verfassungsschutzes. Erst seit Ende 2012 werde ermittelt, zuvor sei ihrer Behörde nichts bekannt gewesen.

Der NSU-Gruppe um Zschäpe wird neben den Morden an neun ausländischen Kleinunternehmern auch jener an der Polizistin Michèle



Verfassungsschutzchefin Beate Bube zeigt eine im Internet kursierende Solidaritätsadresse für einen Boston-Attentäter. Links Minister Reinhold Gall. Foto: dpa

Kiesewetter in Heilbronn vorgeworfen. Außerdem sollen sie Kontakte zur Skinhead-Szene in Ludwigsburg unterhalten haben. Auf einer Adressliste, 1998 in der Garage eines der Terroristen gefunden, befan-

den sich Namen aus dem Südwesten. Keine neuen Erkenntnisse gibt es auch über die Tätigkeiten des rassistischen Ku-Klux-Klan. Die Ermittlungen laufen, aber bisher gebe es weder Anhaltspunkte für terroristi-